

Apropos: Ist der «Krieg gegen den Terrorismus» ein Schwindel?

Werden wir richtig informiert? Nur wenn wir uns aktiv darum bemühen – wie in dieser Kolumne immer wieder vielfältig dargelegt worden ist; das heißt: wenn wir die gebotenen Informationen *denkend* verarbeiten. Sonst laufen wir Gefahr, von Medien oder Behörden (manchmal absichtlich) in die Irre geführt zu werden.

Rettung durch den Feind

Die Medienberichte sind nicht immer so leicht zu durchschauen wie etwa beim Unglück mit dem russischen Mini-U-Boot, das vor Kamtschatka in 190 Metern Tiefe blockiert worden ist, weil es sich laut russischer Marine «bei einem Übungs-Tauchgang in einem Fischernetz verfangen» habe. Da die Russen das Problem nicht selber lösen konnten und der Druck der Öffentlichkeit, die sieben Mann Besatzung zu retten, inzwischen auch in Putin-Land so groß geworden ist, dass rechtzeitig ausländische Spezialisten angefordert wurden, kam die Wahrheit relativ schnell ans Tageslicht. Bei einer dramatischen Rettungsaktion mit einem ferngesteuerten britischen Tauchboot gab die russische Pazifikflotte zu, das Mini-U-Boot hätte eine Unterwasser-Abhöranlage warten sollen und habe sich dabei in deren Stahlseile verheddert. Die Zeitung *Pravda online* hielt fest, dass damit ein «altes Geheimnis aus Sowjetzeiten gelüftet» worden sei. «Diese Pazifikregion sei voller Geheimnisse, da sich dort der Hauptstützpunkt der russischen strategischen U-Boot-Flotte befinde. In der Nato nenne man die Basis wegen der großen Zahl hochgerüsteter U-Boote das ›Wespennest‹. Dort verlaufe das – bislang geheime – Kabel des Systems zur Überwachung gegnerischer U-Boot-Aktivitäten.»¹ Im Internet weist ein früherer Kommandant der Schwarzmeerflotte, Admiral Eduard Baltin, darauf hin, dass die Antenne, in der sich das U-Boot verfangen habe und die jetzt von den Briten habe durchtrennt werden müssen, «einer der Hauptbestandteile des Systems der aktiven U-Boot-Überwachung auf große Entfernungen»¹ sei.

Die Welt vorsätzlich belogen

Dass die Russen bei der Halbinsel Kamtschatka die Briten und US-Amerikaner ausspionieren, sie aber, wenn plötzlich Not am Mann ist, doch zu Hilfe holen, hat etwas Versöhnliches an sich, weil Menschenleben jetzt wichtiger als militärische «Spiele» geworden sind – ein

Umstand, der in Russland nicht selbstverständlich ist. Dass das in England und in den USA nicht mehr selbstverständlich ist, demonstrieren die Regierungen Blair und Bush immer wieder. Seit über einem Jahr wurde hier detailliert belegt, wie der amerikanische Präsident und der englische Premierminister die ganze Weltöffentlichkeit hinters Licht geführt haben, um den Krieg gegen den Irak führen zu können. In der letzten Kolumne wurde auch der schriftliche Beleg dafür vorgelegt, dass Bush und Blair die Welt *vorsätzlich belogen* haben.

Selbstmörder mit Rückfahrkarten?

Auf diesem Hintergrund sind die Geschehnisse in London vom Juli zu sehen. Am 7. Juli kam es in der morgendlichen Rush-Hour fast gleichzeitig zu Explosionen in drei U-Bahnen und dann in einem Doppeldeckerbus. Die Polizei sprach von einem Kurzschluss. Erst Tony Blair, der Gastgeber des G-8-Gipfels in Glasgow war, redete Klartext: Es handle sich um terroristische Anschläge von Islamisten. Dabei verloren 56 Menschen ihr Leben, um die 700 wurden verletzt. Später wurde mitgeteilt, man wollte für den Fall, der jetzt eingetreten war – und von dem schon seit Jahren die Rede war –, eine Panik vermeiden und habe deshalb vereinbart, zunächst von einem Kurzschluss zu sprechen. (Was schon darum unsinnig ist, weil die Londoner U-Bahnen an verschiedenen Stromnetzen hängen und deshalb gar nicht von *einem* Kurzschluss lahmgelegt werden könnten.) Aber auch alles Weitere war merkwürdig. Da wurde zunächst von «Fernzündung» gesprochen. Aufgrund von Videoaufnahmen und der polizeilichen Untersuchungen war dann von «Selbstmordattentaten» von vier jungen Briten (einer mit jamaicanischem und drei mit pakistanischer Herkunft) die Rede. Scotland Yard korrigierte auch diese Version schnell: «Wir haben keine eindeutigen Beweise.» Möglicherweise sei das Quartett von Hintermännern in eine Falle gelockt worden, die «nicht riskieren» wollten, dass die vier gefasst werden und «alles verraten», hieß es in Geheimdienstkreisen². Auch hätten die vier «Rucksackbomber» die «Parkscheine für ihr Auto» bezahlt und vor den Anschlägen Rückfahrkarten für die Bahn gelöst.² Beides tue normalerweise nicht, wer sich in die Luft sprengen wolle. Einer der vier ist übrigens «im vergangenen Jahr vom britischen Geheimdienst überprüft und als ungefährlich eingestuft worden»².

Terrorgefahr und Irakkrieg

Merkwürdig ist auch, dass Großbritanniens Geheimdienste die Sicherheitslage anscheinend falsch eingeschätzt haben. Noch drei Wochen vor den Anschlägen vom 7. Juli schickten sie einen Report an die britische Regierung und an ausländische Vertretungen auf der Insel, in dem es hieß, es gebe «zum gegenwärtigen Zeitraum» keine Gruppierung, die die Absicht habe und auch in der Lage sei, einen Angriff auf Großbritannien zu starten. Daraufhin stufte die britische Regierung die Alarmstufe um einen Rang herab!³ Dies – noch so eine Merkwürdigkeit –, obwohl im gleichen Geheimbericht festgehalten wurde, dass mit dem Irakkrieg die Terrorgefahr auf der Insel gestiegen sei³ – eine Feststellung, die Regierungschef Blair nach dem Attentat immer wieder gebetsmühlenartig abwies, obwohl auch das renommierte britische Forschungsinstitut Chatham House einen direkten Zusammenhang zwischen Irakkrieg und Bombenanschläge herstellte³.

Terrorübung: Merkwürdige Übereinstimmung

Am allermerkwürdigsten ist allerdings, dass am Morgen des 7. Juli genau das geübt wurde, was dann geschah: *BBC Radio Five Live* sendete am 7. Juli ein Interview mit Peter Power, einem ehemaligen Scotland-Yard-Beamten, der bei der Antiterror-Abteilung arbeitete. Jetzt ist er Managing Director von Visor Consultants, einer Firma für Krisenmanagement. Im Radio BBC sagte er: «Um halb neun heute Morgen waren wir gerade dabei, eine Übung für ein Unternehmen von über tausend Leuten in London durchzuführen, in der es um zeitgleich gezündete Bomben an eben denselben U-Bahnstationen gehen sollte, wo es diesen Morgen geschah. Deshalb stehen mir auch jetzt noch die Haare zu Berge.»⁴ Den Namen des Unternehmens nannte Power nicht. Man stelle sich vor: Da übt einer bestimmte Vorgänge und während der Übung wird das plötzlich Realität ... Wo bei das, genau betrachtet, so neu auch wieder nicht ist: Das Norad (Nordamerikanisches Luftverteidigungskommando) hat am 11.9.2001 auch eine große Echflug-Entführungs-Übung durchgeführt, wie der Publizist und frühere Polizist Michael C. Ruppert belegt hat⁵. Das scheint auch der Hauptgrund dafür gewesen zu sein, warum damals die vier entführten Flugzeuge nicht rechtzeitig von den gesetzlich vorgeschriebenen Aufklärungsflugzeugen neutralisiert worden sind. (Dass vor dem 11.9.2001 der damalige Justizminister Ashcroft vom FBI gewarnt worden ist, er dürfe keine Zivilflugzeuge mehr benutzen – nachzulesen im offiziellen 9/11-Untersuchungsbericht!⁶ –, ist ja auch nicht ganz uninteressant ...)

Was Bush und Blair wirklich wollen

Alles Zufall? Gibt es so viele Zufälle? Oder werden wir auch hier an der Nase herumgeführt? Michael Meacher war von Mai 1997 bis Juni 2003 Umweltminister im Kabinett von Tony Blair. Dann trat er aus Protest zurück. In einem Zeitungsartikel, aus dem wir hier schon einmal zitiert haben⁷, legt er dar, dass und warum der amerikanische «Krieg gegen den Terrorismus» ein «Schwindel» ist⁸, der einem völlig anderen Ziel dient: «dem Streben der USA nach Weltherrschaft». Um das zu erreichen, benötigen sie die «Befehlsgewalt über die Öl-Vorräte». Und von diesem Kuchen hofft sich Tony Blair auch ein Stück abschneiden zu können: «Die englische Regierung hat bestätigt, dass bis zum Jahre 2020 70% unserer Elektrizität aus Gas gewonnen und 90% davon importiert werden.» Der Irak hat nicht nur große Öl-, sondern auch riesige Gasreserven⁸... Im Übrigen scheint der sich immer smart gebende Tony Blair nicht gerade zimperlich zu sein; im Unterhaus hat er jedenfalls erklärt: «Um die Wahrheit zu sagen, gab es keinen anderen Weg, die Zustimmung der Öffentlichkeit für einen schnellen Feldzug gegen Afghanistan zu bekommen als die Geschehnisse des 11. September.»⁹

Spanien: Der 11. März, die Polizei und die Justiz

Nicht gerade zimperlich sind auch spanische Regierungen, wie eine Analyse des Madrider Terroranschlags vom 11.3.2004 zeigt. So weist u.a. die große Tageszeitung *El Mundo* seit Monaten immer wieder darauf hin, dass spanische Sicherheitskräfte in den Terroranschlag vom 11. März 2004, bei dem 192 Menschen das Leben verloren haben, verwickelt seien. Belegt hat sie diese Behauptung, indem sie ab und zu ein Detail aus den «geheimen» Ermittlungsakten gedruckt hat. Als *El Mundo* wieder einmal belegt berichtete, dass die Polizei über die Anschlagplanungen informiert war, versuchte Juan del Olmo, der Untersuchungsrichter am Sondergericht des Nationalen Gerichtshofes, gegen die Tageszeitung vorzugehen; er verlangte ultimativ die Herausgabe der Akten, sonst mache sich die Zeitung «des Ungehorsams gegen die Justiz» schuldig. Pedro J. Ramírez, Chef der Tageszeitung, weigerte sich und berief sich auf das Zeugnisverweigerungsrecht für Journalisten – sekundiert von der Vereinigung der Spanischen Zeitungsverlage (AE-DE), die von einer «schweren Verletzung der Meinungsfreiheit» sprach. *El Mundo* gab sogar noch einen drauf: Sie enthüllte, dass die Polizei den Richter (zunächst erfolglos) gedrängt hat, einen bestimmten Nationalpolizisten zu verhaften, den die Zeitung im Mai als Spitzel enttarnt hatte – einen Palästinenser mit syrischem Pass, der 1981 als politischer Flüchtling nach Spanien kam,

1984 die Staatsbürgerschaft erhielt und 1989 in die Nationalpolizei eintrat. Laut *El Mundo* machte er es möglich, dass die bei den Anschlägen von 2004 eingesetzten Handys zur Zündung der Bomben benutzt werden konnten¹⁰.

Das Attentat, der Geheimdienst und der Untersuchungsrichter

Er gesellte sich zu den vielen Spitzeln der Nationalpolizei, der Guardia Civil und den Agenten des Geheimdienstes CNI, die in die Anschläge verwickelt sind. Auch aus einer anderen Quelle wurde bestätigt, dass der Geheimdienst CNI spätestens ab Oktober 2001 in Gefängnissen Kontakt zu islamistischen Terroristen aufgebaut hat¹⁰. Die Spitzel der Sicherheitskräfte haben den Sprengstoff besorgt und an die Islamisten geliefert. Der CNI hatte zum Teil Kontakte bis direkt in den Kreis der Attentäter. «So kann gesagt werden, dass es die Anschläge ohne die Hilfe durch dieses Geflecht nicht gegeben hätte.» Selbst der CNI-Direktor gibt inzwischen zu, dass die «Anschläge zu verhindern» gewesen wären. Warum der besagte Nationalpolizist bisher nicht verhaftet wurde, bleibt eines der vielen Rätsel, die der Untersuchungsrichter aufgibt. Genauso rätselhaft ist die Freiheit anderer in die Anschläge verwickelter Spitzel. *El Mundo* veröffentlichte auch das Faktum, dass die Polizei das Telefon von Aldelmajid Faquet schon *einen Monat vor den Anschlägen abhören ließ*; Faquet gilt als einer der Drahtzieher des Attentats vom 11. März 2004; er sprengte sich im April 2004 im Madrider Stadtteil Leganés in die Luft, als er mit seinem Kommando umzingelt war. Die Überwachung von Faquets Telefon hatte der Untersuchungsrichter Baltasar Garzón angeordnet. Obwohl dieser auch schon bei der Sprengstofflieferung an die Islamisten sozusagen live per Telefonüberwachung dabei war, unternahm er nichts zur Verhinderung der Anschläge. Das erstaunt umso mehr, als Garzón 1998 weltberühmt wurde, weil er den ehemaligen chilenischen Diktator General Pinochet per Haftbefehl wegen Menschenrechtsverletzungen und Staatsterrorismus vor ein spanisches Gericht bringen wollte. Das Staunen legt sich allerdings, wenn man etwas genauer hinsieht: In Spanien selbst ist Garzón äußerst umstritten. Seine Gegner sehen in ihm einen «geltungssüchtigen Karrieristen, der sich an den Sozialisten rächen will»¹¹. 1993 hatte ihn der damalige Ministerpräsident González überredet, für die Sozialisten zu kandidieren. Der ehrgeizige Untersuchungsrichter ließ sich darauf ein und hoffte, Innenminister zu werden, doch González speiste ihn mit dem Posten eines Staatssekretärs ab; nach einem

Jahr kehrte García der Regierung frustriert den Rücken zu und verbrachte die Wochenenden wieder in seinem Büro in der Audiencia Nacional (dem höchsten Gericht). Er versuchte dann, González als Drahtzieher des Staatsterrorismus zu entlarven; dieser Versuch allerdings scheiterte¹¹.

Anschlag vom Geheimdienst geplant

Der spanische Journalist Pepe Rei beobachtet seit Jahrzehnten spanische Hintergründe und hat darüber mehrere Bücher veröffentlicht, u.a. *Garzón – Das andere Gesicht*. In einem Interview meinte er: Für diesen Richter und für die spanische Regierung ist das «Bild in der Öffentlichkeit wichtig. Sie interessiert sich nicht für die Gerechtigkeit, für sie sind die Titelseiten der Zeitungen wichtig». Die «Leiden der Gefolterten interessieren sie keine Bohne. Garzón und Spanien wollen sich in der internationalen Öffentlichkeit als Schützer der Menschenrechte hinstellen, aber zur Verteidigung der Menschenrechte von Katalanen oder Basken tut Garzón nichts. Im Gegenteil: Er schützt die Folterer»¹². In seinem Buch hat Rei 200 solche Folterfälle aus Spanien dokumentiert. Er arbeitete mit der Rechercheabteilung einer Tageszeitung zusammen, die sich um Politik, Korruption, Ökonomie und Geheimdienste kümmerte. Im Zusammenhang mit dem Mord an einem Parlamentarier kamen Rei und die Zeitung in Kontakt mit einem Ex-Agenten des spanischen Geheimdienstes Cesid, der sie über Hintergründe des Attentats informierte. Der Untersuchungsrichter Garzón hat den Mord stets als alleinigen Angriff zweier Rechtsradikaler hingestellt, obwohl er konkrete Fakten und Namen darüber hatte, dass der *Anschlag vom Geheimdienst geplant* worden war und dass neben Rechtsradikalen auch die Nationalpolizei und die «Guardia Civil» beteiligt waren. Auch ein konkretes Nachhaken bei Garzón hat nichts gebracht.

In den Fall einer Paketbombe waren neben Ultrarechten und Teilen des Staatsapparates ein Mitglied der Königsgarde verwickelt.¹² Laut Rei hatte Garzón auch mit den spanischen Todesschwadronen GAL zu tun: «Garzón ist ein Intimfreund des Polizisten Alberto Ulias, der in die düsteren parapolizeilichen Gruppen Spaniens verwickelt ist. Es bestehen Verstrickungen zum ehemaligen Chef der «Guardia Civil» und zum damaligen Staatssekretär für Sicherheit, Vera, der als ein Kopf der GAL verurteilt wurde.» Es gibt aber auch weitere Verbindungen zur Unterwelt: «Garzón hat einen Intimfreund, bei dem er stets wohnt, wenn er in den USA weilt: Antonio Navalín. Das ist einer der Chefs der spanischen Mafia, er verfügt über genügend Macht in der Hochfinanz und der Regierung und kann andere Mächtige fertigmachen.

Er ist auch fähig, dafür zu sorgen, dass ermittelnde Richter ausgetauscht werden.»¹²

«In den USA geparkt»

Die sozialistische Regierung hat Untersuchungsrichter Garzón inzwischen «in den USA geparkt»¹⁰, wo er einer «Lehrfähigkeit» nachgehen darf¹³. (Nicht uninteressant scheint, dass – worauf in dieser Kolumne bereits hingewiesen worden ist – der frühere spanische Ministerpräsident José María Aznar nun an der Georgetown-Universität referiert – «in schlechtem Englisch über Terrorismus», wie ein Beobachter vermerkt, wobei er erkläre, «Spanien kämpfe seit 800 Jahren mit der sogenannten Rückeroberung gegen islamischen Terrorismus», während Garzón «in ebenso schlechtem Englisch in New York über seinen Kampf gegen den Terrorismus»¹⁴ vorträgt.) Garzóns Nachfolger in Spanien ist der eingangs erwähnte del Olmo, der die Attacke gegen *El Mundo* gewiss nicht ohne Rückendeckung durch die (sozialistische) Regierung unternommen hat. Inzwischen ist er allerdings «zurückgerudert» und hat sich von dem Fall entbinden lassen ...

Wenn die Regierung die Untersuchung behindert

Auffällig ist, dass beide großen spanischen Parteien nicht wirklich daran interessiert sind, dass die Anschläge vom 11. März 2004 aufgeklärt werden, weshalb die eingesetzte Untersuchungskommission immer wieder ins Stolpern gekommen ist. Die Konservativen haben durch ihre Schwindeleien über die Hintergründe die Macht verloren. Die nun regierenden Sozialisten wissen offensichtlich mehr, als sie zugeben wollen. Deshalb haben sie die Freigabe von Geheimstdokumenten blockiert und verhindert, dass die Rolle der Spitzel der Sicherheitskräfte bei den Anschlägen aufgezeigt werden konnte. Die Sozialisten haben traditionell eine gute Beziehung zur Guardia Civil, die in der sozialistischen Ära der Achtzigerjahre sehr in die staatlichen Todesschwadronen (GAL) verstrickt war. Bezeichnend scheint, dass der Mörder und Guardia-Civil-General Enrique Rodríguez Galindo nach dem letztjährigen Machtwechsel sofort freigelassen wurde, obwohl er nicht einmal fünf seiner 75 Jahre abgesehen hat¹⁵. Die jetzige Regierung hat nicht nur gute Beziehungen zur Polizei, zur Guardia Civil und zu den Geheimdiensten; es ist auch nachzuweisen, dass Führungsmitglieder der spanischen Sozialisten vor den Anschlägen am 11. März 2004 in Madrid, die 192 Menschen das Leben gekostet haben, «direkte Kontakte zu dem Zirkel um die Attentäter hatten»¹⁶. Es wird interessant sein, zu verfolgen, ob und wie der Nationale Gerichtshof weiter gegen die Zeitung *El Mundo* vorgehen wird.

Unabhängige Untersuchungskommission nötig

Dass Geheimdienste Attentate planen oder organisieren, ist so neu nicht unter der Sonne. In dieser Zeitschrift wurde ja bereits darauf hingewiesen, dass zu Zeiten von George Bush sen., der CIA-Direktor, Vizepräsident und Präsident der USA war, die USA im Zusammenhang mit den Geheimarmeen der Nato in westeuropäischen Ländern Terroranschläge finanzierten¹⁷ – z.B. 1980 die CIA-Operation mit dem Codenamen «Gladio» in Bologna, bei der bei einem Bombenanschlag 80 Menschen ums Leben kamen. «Das anglo-amerikanische Establishment, das den militärisch-industriellen Komplex des Westens kontrolliert, wurde weltweit mehr als hundertmal bei der Ausführung von Bombenanschlägen und anderen terroristischen Attacken ertappt» – sowohl die US-Administration als auch die britische Regierung¹⁸. Auf diesem Hintergrund scheint die Forderung nach einer *unabhängigen* Untersuchungskommission zu den Vorgängen im Juli in London, wie sie die konservative Opposition ursprünglich gefordert hat, mehr als berechtigt! Denn zahlreiche Fragen harren der Antwort.

Boris Bernstein*

*Boris Bernstein arbeitet seit Jahrzehnten bei einem europäischen Printmedium.

1 www.netzeitung.de 7.8.2005

2 www.sueddeutsche.de 17.7.2005

3 www.spiegel.de 19.7.2005

4 www.wsws.org 15.7.2005

5 www.fromthewilderness.com 5.6.2004

6 www.telepolis.de 22.4.2004

7 Vgl. *Der Europäer*, Oktober 2004

8 *The Guardian*, 6.9.2003

9 *The Times*, 17.7.2002

10 www.telepolis.de 30.7.2005

11 www.matices.de/20/20ppino.htm

12 www.jungewelt.de 23.11.1999

13 www.telepolis.de 15.6.2005

14 www.telepolis.de 31.5.2005

15 www.telepolis.de 17.7.2004

16 www.telepolis.de 18.4.2005

17 Daniele Ganser: *Nato's Secret Armies. Operation Gladio and Terrorism in Western Europe*, London und New York 2005. – Vgl. auch das Interview mit D. Ganser im *Europäer*, April 2005.

18 www.web-host.com 9.7.2005